



Der Minister

Ministerium des Innern NRW, 40190 Düsseldorf

Präsidenten des Landtags
Nordrhein-Westfalen
Herr André Kuper MdL
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
18 WAHLPERIODE

VORLAGE
18/1779

A09

20. Oktober 2023

Seite 1 von 20

Telefon 0211 871-2257

Telefax 0211 871-

für die Mitglieder
des Innenausschusses

Sitzung des Innenausschusses am 09.11.2023
Fragen der Fraktion der AfD vom 25.09.2023
Schriftlicher Bericht zum TOP „Gesetz über die Feststellung des
Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haus-
haltsjahr 2024 (Haushaltsgesetz 2024)“

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

anliegend übersende ich Ihnen den schriftlichen Bericht zu den Fragen
der Fraktion der AfD zum TOP „Gesetz über die Feststellung des Haus-
haltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2024
(Haushaltsgesetz 2024)“.

Dienstgebäude:
Friedrichstr. 62-80
40217 Düsseldorf

Lieferanschrift:
Fürstenwall 129
40217 Düsseldorf

Mit freundlichen Grüßen

Herbert Reul MdL

Telefon 0211 871-01
Telefax 0211 871-3355
poststelle@im.nrw.de
www.im.nrw

Öffentliche Verkehrsmittel:
Rheinbahnlinien 732, 736, 835,
836, U71, U72, U73, U83
Haltestelle: Kirchplatz



Schriftlicher Bericht
des Ministers des Innern
für die Sitzung des Innenausschusses am 09.11.2023
zu den Fragen der AfD-Fraktion zum TOP
„Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans
des Landes Nordrhein-Westfalen für das
Haushaltsjahr 2024 (Haushaltsgesetz 2024)“

1. Kapitel 03 010 Ministerium

1.1 Warum steigen die Mittel für das Innenressort im Verhältnis zum Volumen des Gesamthaushaltes unterdurchschnittlich, obschon wir laut der letzten PKS 2022 einen signifikanten Anstieg der Kriminalität erleben müssen?

Der Haushaltsentwurf 2024 für den Einzelplan 03 ist sachgerecht und wird die eingeplanten, individuellen Haushaltsbedarfe in den einzelnen Kapiteln, unter Berücksichtigung der zur Verfügung stehenden Ressourcen angesichts der aktuellen Haushaltslage, erfüllen können.

1.2 Wie zufrieden ist der Herr Innenminister darob mit der bisherigen Mittelzuweisung an sein Haus?

Da sich die Frage 1.2. nicht auf den Haushalt des Einzelplans 03 bezieht, kann hierzu keine Aussage getroffen werden.

1.3 Wie viele Dienstwagen welcher Modelle und Antriebsarten stehen dem Minister zur Verfügung? (Bitte nach Anschaffungs- und/oder Leasingkosten pro Modell aufschlüsseln.)

Da sich die Frage 1.3. nicht auf den Haushalt des Einzelplans 03 bezieht, kann hierzu keine Aussage getroffen werden.

1.4 Wie oft hat der Minister 2022 bis heute einen Hubschrauber zu seinem Transport genutzt? (Bitte nach Vorfall und jeweiligen Kosten aufschlüsseln.)

Da sich die Frage 1.4. nicht auf den Haushalt des Einzelplans 03 bezieht, kann hierzu keine Aussage getroffen werden.



1.5 Wie oft hat der Minister 2022 bis heute ein Flugzeug zu seinem Transport genutzt? (Bitte nach Vorfall und jeweiligen Kosten aufschlüsseln.)

Da sich die Frage 1.5. nicht auf den Haushalt des Einzelplans 03 bezieht, kann hierzu keine Aussage getroffen werden.

1.6 Welche Kosten sollen für externe Berater anfallen? (Bitte nach Grund und Kosten aufschlüsseln.)

Für externe Beratungsleistungen des Bau- und Liegenschaftsbetrieb Nordrhein-Westfalen (BLB NRW) und anderer Dienstleister ist im Kapitel des Ministeriums ein Ansatz in Höhe von 105.000 EUR enthalten (Kapitel 03 010 Titel 546 11).

1.7 Für welche vom Land Nordrhein-Westfalen für das Innenressort angemieteten Immobilien wird ein Mietzins entrichtet? Wie hoch ist dieser jeweils und von wem wurde gemietet?

1.8 Welche Gebäude werden von Seiten der Polizei angemietet? (Bitte nach Kalt- und Warmmiete aufschlüsseln.)

1.9 Wie viele Gebäude sind sanierungsbedürftig? (Bitte nach Sanierungskosten pro Gebäude aufschlüsseln.)

1.10 Wie viele Gebäude werden aufgrund des Personalaufwuchses in der Polizei neu angemietet und bei wem?

Die Fragen 1.7. bis 1.10. werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet: Im Einzelplan 03, Kapitel 010 (Ministerium) werden keine polizeilichen Gebäude und Liegenschaften angemietet bzw. bewirtschaftet.

1.11 Wie viele Dienstfahrzeuge welcher Modelle werden für welche Einheiten angeschafft?

Die konkreten Beschaffungsvorhaben ergeben sich im Zuge der Bewirtschaftungsplanung. Diese befindet sich im Abstimmungsprozess zwischen dem Ministerium und dem nachgeordneten Bereich und ist auch von Marktverfügbarkeit und Preiserwartung beeinflusst. Bei den Fahrzeugen wird es sich um die gesamte Bandbreite der in der Polizei genutzten Fahrzeuge handeln - vom einfachen Anhänger über Sonderausbauten etwa von Brandermittlern und zivilen Streifenwagen bis zum Streifenwagen für den Wach- und Wechseldienst.



1.12 Über welche Antriebsarten verfügen die jeweils angeschafften neuen Dienstfahrzeuge (Bitte nach Elektro, Benzin, Diesel, Wasserstoff, etc. aufschlüsseln.)

Da sich die Frage 1.12. nicht auf den Haushalt des Einzelplans 03 bezieht, kann hierzu keine Aussage getroffen werden.

1.13 Wie viel welcher Art von Dienst- und Schutzkleidung wird für unsere Einsatzkräfte angeschafft?

Die konkreten Beschaffungsvorhaben ergeben sich im Zuge der Bewirtschaftungsplanung. Diese befindet sich im Abstimmungsprozess zwischen dem Ministerium und dem nachgeordneten Bereich. Neben Uniformteilen und Schutzausstattung wie Schutzwesten und Helme sind dies vorrangig Schutzkleidungselemente, die sich aus der Bandbreite der arbeitsschutzrechtlichen Gebote ergeben, etwa Arbeitsschuhe und Werkstattkleidung, schnittfeste Hosen oder Laborkittel.

1.14 Welche spezifischen Gefahren – insbesondere gewaltförmige – gehen aktuell im Jahr 2023 von den Phänomenbereichen des Linksextremismus, Rechtsextremismus, Religiöse Ideologie und Ausländische Ideologie aus?

Da sich die Frage 1.14. nicht auf den Haushalt des Einzelplans 03 bezieht, kann hierzu keine Aussage getroffen werden.

1.15 Inwieweit profitiert das Land Nordrhein-Westfalen von der sogenannten Gaspreisbremse und vergleichbaren Maßnahmen?

Da sich die Frage 1.15. nicht auf den Haushalt des Einzelplans 03 bezieht, kann hierzu keine Aussage getroffen werden.

1.16 Welche Einsparmöglichkeiten, wie zum Beispiel die Herabsetzung der Raumtemperatur, werden von Seiten des Ministeriums umgesetzt, um Energiekosten einzusparen?

Das Ministerium des Innern beabsichtigt auch in diesem Winter diverse Einsparmöglichkeiten umzusetzen.

1.17 Mit welchen Einnahmen rechnet die Landesregierung durch die neu gestaltete Gebührenverordnung für das kommende Haushaltsjahr?



Durch die Neuordnung der Allgemeinen Verwaltungsgebührenordnung soll nicht mit zusätzlichen Einnahmen gerechnet werden (die im Übrigen in den jeweiligen Einzelplänen eingestellt sind), da hiermit weit überwiegend strukturelle Änderungen am Allgemeinen Gebührentarif (AGT) vorgenommen wurden. Soweit hierbei einzelne Gebührentatbestände geändert oder neu aufgenommen wurden, kann hinsichtlich des damit verbundenen Gebührenaufkommens keine Aussage getroffen werden, da dies nicht zentral überwacht wird.

2. Kapitel 03 110 Polizei

2.1 Wie haben sich die Zahlen der Polizeivollzugsbeamten insgesamt in NRW seit 2000 pro Jahr entwickelt?

Die Planstellen im Polizeikapitel haben sich laut den Haushaltsplänen 2000 bis 2023 und dem Haushaltsplanentwurf 2024 wie folgt entwickelt:

Jahr	Planstellen
2000	40.689
2001	40.390
2002	40.160
2003	39.994
2004	39.762
2005	39.457
2006	39.111
2007	38.887
2008	38.789
2009	38.603



2010	39.593
2011	39.715
2012	39.994
2013	40.032
2014	40.150
2015	40.202
2016	40.587
2017	40.830
2018	41.186
2019	40.893
2020	41.323
2021	41.608
2022	42.085
2023	42.451
2024	42.896

Aufgrund des gemeinsamen Stellenplans sind in den Planstellen des Polizeikapitels sowohl Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte als auch Verwaltungsbeamtinnen und -beamte enthalten.

2.2 Wie haben sich die Zahlen der Polizeivollzugsbeamten auf je 1.000 Einwohner in NRW seit 2000 pro Jahr entwickelt?



Da sich die Frage 2.2. nicht auf den Haushalt des Einzelplans 03 bezieht, kann hierzu keine Aussage getroffen werden.

Seite 7 von 20

2.3 Wie hoch sind die Personalausgaben, die im Landeskriminalamt abteilungs- und dezernatsübergreifend jeweils für die Ermittlung, Auswertung und Analyse der Politisch motivierten Kriminalität – rechts, links, Ausländer ohne Islamismus und islamistischer Terrorismus vorgesehen sind? (Bitte nach PMK – rechts, links, Ausländer ohne Islamismus und islamistischer Terrorismus aufschlüsseln, mindestens aber prozentuale Verhältnismäßigkeiten angeben und auf allgemeine Beschreibungen verzichten.)

Zu der Frage 2.3. liegen keine Daten vor und entsprechende Angaben können mit vertretbarem Aufwand in der zur Verfügung stehenden Zeit nicht erhoben werden.

2.4 Wie viele Planstellen und Stellen sind im Landeskriminalamt abteilungs- und dezernatsübergreifend jeweils für die Ermittlung, Auswertung und Analyse der Politisch motivierten Kriminalität – rechts, links, Ausländer ohne Islamismus und islamistischer Terrorismus vorgesehen? (Bitte nach PMK – rechts, links, Ausländer ohne Islamismus und islamistischer Terrorismus aufschlüsseln, mindestens aber prozentuale Verhältnismäßigkeiten angeben und auf allgemeine Beschreibungen verzichten.)

2.5 Wie viele Planstellen und Stellen sind im Landeskriminalamt in der Abteilung 6 Staatsschutz und Ermittlungsunterstützung jeweils für die Dezernate 61 und 62 aufgeschlüsselt nach SG 61.1, SG 61.2, SG 61.3, SG 62.1 usw. vorgesehen?

Die Fragen 2.4 und 2.5 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Zur Beantwortung wird auf die Antwort der Landesregierung zur Kleinen Anfrage 822 (LT-Drs. 18/1820) und Kleinen Anfrage 1697 (LT-Drs. 18/3965) Bezug genommen. Demnach ist die konkrete Zuordnung aller Beschäftigten zu einzelnen Phänomenbereichen der Politisch motivierten Kriminalität (PMK) nicht möglich, da ein Großteil des Personals für Terrorismusbekämpfung und Staatsschutz im Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen (LKA NRW) phänomenübergreifend arbeitet. Ebenso ist keine valide Zuordnung aller Planstellen und Stellen zu den Aufgaben Ermittlung, Auswertung und Analyse der PMK möglich, denn eine Person kann kurzfristig wechselnd verschiedene dieser Aufgaben wahrnehmen.



Eine prozentuale Verteilung von Planstellen und Stellen einzelner Dezernate des LKA NRW ist nicht geeignet, Rückschlüsse auf aktuelle Schwerpunkte bei der Bekämpfung einzelner Phänomenbereiche der PMK zu ziehen. Die Anzahl der Planstellen und Stellen im Staatsschutz und der Terrorismusbekämpfung des LKA NRW orientiert sich an den allgemeinen Vorgaben für Landesoberbehörden und an den zur Erfüllung der für die Wahrnehmung der Zentralstellenfunktion notwendigen Ressourcen. Die detaillierte Zuordnung von Planstellen und Stellen innerhalb der einzelnen abgefragten Organisationseinheiten wird grundsätzlich nicht veröffentlicht, da es sich um sicherheitsempfindliche Informationen handelt.

Zudem weise ich darauf hin, dass das LKA NRW am 13.03.2023 eine Organisationsänderung vorgenommen hat. Die Aufgaben des Staatsschutzes und der Terrorismusbekämpfung für alle Phänomenbereiche der PMK werden seither in einer Abteilung wahrgenommen. Die Dezernate 61 und 62 wurden seit dem 13. 03.2023 mit den Dezernaten für die PMK-Religiöse Ideologie in der neuen Abteilung 2 „Terrorismusbekämpfung und Staatsschutz“ des LKA NRW zusammengeführt und neu strukturiert.

2.6 Wie hoch ist die Zahl der unterjährig bereits ausgeschiedenen und bis zum Jahresende noch ausscheidenden Polizeibeamten im Jahr 2023?

Auf Grundlage von Informationen aus dem Personalinformationssystem der Polizei NRW (PersIS) sind im Jahr 2023 bis einschließlich September bisher 1.166 Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte ausgeschieden. Rechnerisch werden bis Jahresende noch bis zu 502 weitere Pensionierungen erwartet.

2.7 Wie viele Polizeibeamte werden voraussichtlich im Jahr 2024 unterjährig aus dem Dienst ausscheiden?

Zur Beantwortung wird auf die Antwort auf die Frage 3 der Kleinen Anfrage 481 (LT-Drs. 18/1293) verwiesen.

2.8 Ab wann kann die Zahl der unterjährig ausscheidenden Polizeibeamten bei einem künftigen Einstellungsniveau von nun 3.000 Kommissaranwärtern kompensiert werden?

2.9 Ab wann kann den unterjährig ausscheidenden Polizeibeamten zum Trotz bei einem künftigen Einstellungsniveau von 3.000 Kommissaranwärtern mit einem Personalaufwuchs bei der nordrhein-westfälischen Polizei gerechnet werden?



Die Fragen 2.8. und 2.9. werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam und mit Verweis auf die Antwort auf die Frage 4 der Kleinen Anfrage 6028 (Drucksache 17/15549) sowie den Inhalt des schriftlichen Berichts des Ministers des Innern für die Sitzung des Innenausschusses am 31.03.2022 (Vorlage 17/6688) beantwortet.

2.10 Welche Personalausgaben müssten für 100 (200, 300, 400, 500) weitere Einstellungsermächtigungen für Kommissaranwärter im Haushaltsjahr 2024 veranschlagt werden?

2.11 Welche Personalausgaben müssten für 10, 20, 30, 40, 50 weitere Einstellungsermächtigungen für Regierungsinspektoranwärter im Haushaltsjahr 2024 veranschlagt werden?

Die Fragen 2.10. und 2.11. werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Je Einstellungsermächtigung wäre als Jahreswert (brutto) der aktuelle Durchschnittskostenansatz 2023 in Höhe von 17.481,13 Euro für Anwärterinnen und Anwärter anzusetzen. Da die Ausbildung zum 1. September eines jeden Jahres beginnt, wäre im Haushalt 2024 Vorsorge für vier Monate zu treffen.

Die zu erwartenden Kosten für 100 weitere Einstellungsermächtigungen für Kommissaranwärterinnen und -anwärter betragen im Haushaltsjahr 2024 demnach zusätzlich 0,58 Mio. EUR (200 = 1,16 Mio. EUR, 300 = 1,75 Mio. EUR, 400 = 2,33 Mio. EUR, 500 = 2,91 Mio. EUR).

Die zu erwartenden Kosten für 10 weitere Einstellungsermächtigungen für Regierungsinspektoranwärterinnen und -anwärter betragen im Haushaltsjahr 2024 demnach zusätzlich 58.000 EUR (20 = 116.000 EUR, 30 = 175.000 EUR, 40 = 233.000 EUR, 50 = 291.000 EUR).

2.12 Was ist der Sachstand der Einführung und des Erwerbs von Distanzelektroimpulsgeräten (DEIG) und entsprechender Trainingskartuschen? (Bitte Anzahl und Verfügbarkeit in Relation zu Streifenwagen setzen.)

Da sich die Frage 2.12. nicht auf den Haushalt des Einzelplans 03 bezieht, kann hierzu keine Aussage getroffen werden.

2.13 Welche (besonderen) Verwendungen/Tätigkeitsschwerpunkte für Polizeivollzugsbeamte gibt es bei der Polizei NRW? (Bitte



umfassend darstellen für alle LOB und die KPB, die Kernbereiche Gefahrenabwehr/Einsatz, Kriminalitäts- und Verkehrsunfallbekämpfung.)

2.14 Welche dieser (besonderen) Verwendungen/Tätigkeitsschwerpunkte für Polizeivollzugsbeamte sind mit besonderen körperlichen und/oder seelischen Belastungen verbunden?

Da sich die Fragen 2.13. und 2.14. nicht auf den Haushalt des Einzelplans 03 beziehen, kann hierzu keine Aussage getroffen werden.

2.15 Wie viele Beamte sind von den unter Ziffer 2.12. erfragten Verwendungen jeweils betroffen?

Da sich die Frage 2.15. nicht auf den Haushalt des Einzelplans 03 bezieht, kann hierzu keine Aussage getroffen werden.

2.16 Welche dieser (besonderen) Verwendungen/Tätigkeitsschwerpunkte für Polizeivollzugsbeamte werden gegenwärtig mit Zulagen (Funktions-, Verwendungs-, Erschwerniszulagen, etc.) bedacht?

Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte erhalten polizeispezifische und nicht polizeispezifische Zulagen nach besoldungsrechtlichen Grundlagen.

Für Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte sind Besonderheiten des jeweiligen Dienstes und der damit verbundene Aufwand durch die Polizeizulage gem. § 49 Landesbesoldungsgesetz (LBesG NRW) abgegolten.

Zusätzlich gibt es im LBesG NRW die Zulage für Luftfahrzeugführerinnen und -führer (Hubschrauberpilotinnen und -piloten) gem. § 53 Abs. 1 Nr. 1 LBesG NRW, die Zulage als Luftfahrzeugbesatzungsangehörige § 53 Abs. 1 Nr. 2 LBesG NRW und die Zulage für die Verwendung beim Verfassungsschutz § 56 Nr. 1 LBesG NRW, die je nach Verwendung an Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte gezahlt werden.

Daneben sind die Erschwerniszulagen gem. der Erschwerniszulagenverordnung NRW (EZuV), zu nennen, die für solche Erschwernisse, die besonderer körperlicher Natur sind, die Möglichkeit von Zulagen vorsieht. Bei aufgabenbezogenen Erschwerniszulagen weisen die zulagenberechtigenden Aufgaben größtenteils besondere Gefährdungen für die körperliche Unversehrtheit auf und erfordern ein besonders hohes Maß an Konzentration. Dies betrifft die Zulage für Wechselschichtdienst, für sonstigen



Schichtdienst, für Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte für besondere Einsätze sowie für Beamtinnen und Beamte als Verdeckte Ermittler, für Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte als fliegendes Personal, für Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte in der Sachbearbeitung von sexuellem Missbrauch von Kindern oder Kinderpornografie, für Dienst zu ungünstigen Zeiten, für Tauchertätigkeiten, für Räumen und Vernichten von Munition und für besonders gefährliche Munitionserprobungen, für Tätigkeiten als Sprengstoffentschärferinnen und -entschärfer oder als Sprengstoffermittlerinnen und -ermittler sowie für Tätigkeiten als Antennenträgerinnen und -träger.

Darüber hinaus erhalten Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte mit einer theoretischen Lehrtätigkeit eine Lehrzulage gemäß der Lehrzulagenverordnung Nordrhein-Westfalen.

2.17 Wie viele Stellen sind insgesamt für Personalrekrutierung im LAFP vorgesehen?

2.18 Wie ist das Recruiting im LAFP personell, strukturell und konzeptionell aufgestellt?

Die Fragen 2.17. und 2.18. werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Das Dezernat 53 der Abteilung 5 (Landeszentrale Personalangelegenheiten, Grundsatzfragen Fortbildung) des Landesamtes für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten (LAFP NRW) untergliedert sich strukturell in 3 Sachgebiete und 1 Teildezernat, welche konzeptionell landesweit Personal werben, auswählen und die Einstellung veranlassen. Personell handelt es sich hierbei um rund 100 Personen.

2.19 Welche Kosten fallen für die Extremismusbeauftragten in allen Polizeibehörden des Landes und in der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen an?

Die Extremismusbeauftragten führen ihre Funktion im Nebenamt aus, daher fallen keine Personalkosten für diese Funktion an.

2.20 Wie viele Stellen für IT-Experten und andere hochspezialisierte Fachleute sind in Kapitel 03 110 insgesamt enthalten?

Der Begriff „IT-Experte“ wird bei der Polizei und im Haushalt nicht verwendet. Nach hiesiger Kenntnis ist dieser Begriff nicht klar definiert und umfasst insofern keinen scharf umrissenen Personenkreis. Grundsätzlich



verstärkt sich aufgrund der zunehmenden Digitalisierung der Gesellschaft und ebenso bei der Polizei NRW der Bedarf an entsprechend fachlich aus- oder fortgebildetem Personal in vielen Bereichen. Die Vergangenheit zeigt, dass Stellenbesetzungen für Fachkräfte aufgrund des Fachkräftemangels und nicht konkurrenzfähiger Tarifverträge häufig nicht oder erst nach langer Zeit erfolgen können. Diesem begegnet die Landesregierung bspw. durch eigene Ausbildungsgänge an der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen (HSPV NRW) oder in Kooperation mit der Hochschule Rhein-Waal.

2.21 Wie viele Stellen im Bereich IT sind derzeit beim Landesamt für Zentrale Polizeiliche Dienste (LZPD) unbesetzt?

Von ca. 490 (Plan-)Stellen der IT-Abteilungen des Landesamtes für Zentrale Polizeiliche Dienste Nordrhein-Westfalen (LZPD NRW) sind ca. 57 (Plan-)Stellen offen, werden aber absehbar für bereits festgelegte Aufgabenbereiche in die Ausschreibung gelangen bzw. befinden sich derzeit in einem Stadium des Stellenbesetzungsverfahrens.

2.22 Wie viele Beamte fungieren gegenwärtig als Tutoren für Kommisaranwärter?

Derzeit sind dies ca. 7.300 Personen.

2.23 Welche Aufgaben und welche besondere Verantwortung sind mit der Tutorentätigkeit verbunden?

Da sich die Frage 2.23. nicht auf den Haushalt des Einzelplans 03 bezieht, kann hierzu keine Aussage getroffen werden.

2.24 Gibt es Zulagen für Tutoren?

Nein.

2.25 Was ist der aktuelle Sachstand der Ausstattung der Kreispolizeibehörden mit vollwertigen Computerarbeitsplätzen inklusive der für die elektronische Datenverarbeitung notwendigen Softwarelizenzen?

Im Bereich der Polizei stehen unverändert ca. 56.000 computerunterstützte Arbeitsplätze zur Verfügung. Grundsätzlich steht jedem Beschäftigten ein entsprechender Arbeitsplatz während seiner Dienstzeit zur Verfügung.



2.26 In welchem Verhältnis stehen Polizeivollzugsbeamte der Kreispolizeibehörden, Dienstzimmer und verfügbare Computer mit entsprechenden Softwarelizenzen?

Die IT-Ausstattung wird bedarfsgerecht anhand eines quotenbasierten Systems den Kreispolizeibehörden zur Verfügung gestellt. Die Ausstattungsquote für Rechner wurde zuletzt im Jahr 2021 von 79% auf 90% nach der Belastungsbezogenen Kräfteverteilung (BKV) erhöht.

2.27 Welcher Baransatz müsste für die Beschaffung von 1, 5, 10, 20, 50, 100 Computern mit entsprechenden Lizenzen durchschnittlich veranschlagt werden?

Für einen Standard Desktop PC werden 273,11 EUR + 171,66 EUR für einen Bildschirm veranschlagt; für ein Notebook zurzeit 724,06 EUR. Die Preisänderungen gegenüber den Fragen zum Haushaltentwurf 2023 haben sich aufgrund eines neu abgeschlossenen Rahmenvertrages ergeben.

Für die Lizenzkosten pro Gerät werden ca. 300 € veranschlagt.

2.28 Wie hoch sind die Zulagen für den Dienst zu ungünstigen Zeiten und die Wechselschichtzulagen derzeit?

Die Zulage für Dienst zu ungünstigen Zeiten ist in § 4 Erschwerniszulagenverordnung (EZuV) geregelt, und die Regelung für die Zulage für Wechselschichtdienst findet sich in § 20 EZuV.

2.29 Welche Erhöhung des Baransatzes müsste veranschlagt werden, um die Zulagen für den Dienst zu ungünstigen Zeiten und die Wechselschichtzulagen zu verdoppeln?

Die Zulagen für den Polizeibereich werden im Haushaltsplan nicht speziell ausgewiesen. Sie sind daher nicht in einer bestimmten Höhe für eine spezielle Verwendung vorgesehen, sondern im Personalausgabenbudget enthalten. Die Polizeibehörden melden den Zulagenanspruch an das Landesamt für Besoldung und Versorgung NRW, das die Auszahlung vornimmt. Den Polizeibehörden selbst liegt keine Auswertung vor, welche Mittel für welche Zulagen verausgabt worden sind. Die Voraussetzungen der einzelnen Zulagen, ihre Höhe und der Empfängerkreis ergeben sich im Wesentlichen aus der Erschwerniszulagenverordnung NRW und dem Landesbesoldungsgesetz NRW. Damit ist eine Verdopplung des Baransatzes für die erfragten Zulagen für Dienst zu ungünstigen Zeiten und für Wechselschichtdienst nicht individuell losgelöst vom Personalausgabenbudget auszuweisen.



2.30 Welche Erhöhung des Baransatzes müsste veranschlagt werden, um das Urlaubsgeld in der vormaligen Höhe wiederinzuführen?

Da sich die Frage 2.30. nicht auf den Haushalt des Einzelplans 03 bezieht, kann hierzu keine Aussage getroffen werden.

2.31 Welche Erhöhung des Baransatzes müsste veranschlagt werden, um das Weihnachtsgeld auf die vormalige Höhe zu erhöhen?

Da sich die Frage 2.31. nicht auf den Haushalt des Einzelplans 03 bezieht, kann hierzu keine Aussage getroffen werden.

2.32 In welchem Umfang wird der Objektschutz (Schutzmaßnahmen der Kategorie und Objekte 5 und 6) in NRW von der Polizei übernommen? (Bitte unter Angabe entsprechender Personal- und Sachausgaben darstellen.)

Die Gefährdungsbewertung, die Einstufung, sowie die Umsetzung der Objektschutzmaßnahmen obliegen den örtlich zuständigen Kreispolizeibehörden und den Grundsätzen zum Schutz von Verschlusssachen. Insofern können hierzu keine Angaben gemacht werden.

2.33 In welchem Umfang könnten die gegenwärtig noch von der Polizei geschützten Objekte rechtssicher auch von privaten Sicherheitsunternehmen geschützt werden?

Grundsätzlich bedarf der Objektschutz i. S. d. PDV 129 VS-NfD umfassend ausgebildeter und speziell fortgebildeter Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten. Aus jeder zunächst als unproblematisch bewerteten Situation kann sich eine Lageentwicklung ergeben, die nach aktueller Bewertung nur durch den Einsatz von fachlich qualifizierten Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten zu bewältigen ist.

Vor diesem Hintergrund ist aktuell nicht vorgesehen, entsprechende hoheitliche Aufgaben durch private Sicherheitsdienste wahrnehmen zu lassen.

2.34 Wie viele Polizeivollzugsbeamte könnten durch den in Ziffer 2.27 erfragten Aufgabentransfer an private Sicherheitsunternehmen von Objektschutzaufgaben entbunden werden?

Aus Ziffer 2.27. ergibt sich kein Hinweis auf einen „Aufgabentransfer“. In diesem Fall kann keine sinnschlüssige Antwort erteilt werden. Sollte es



sich bei der Bezifferung um einen Irrtum handeln und tatsächlich Bezug zur Ziffer 2.33. erwünscht sein, so wird auf die entsprechende Antwort zur Ziffer 2.33. verwiesen.

2.35 Wie viele Polizeibeamte üben ihren Dienst derzeit bei der Bereitschaftspolizei aus?

Bei der Bereitschaftspolizei versehen rund 2.600 Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte ihren Dienst.

2.36 Wie viele Polizeivollzugsbeamte sind gegenwärtig in Ermittlungskommissionen eingesetzt?

Die angefragten Daten liegen nicht vor und können mit vertretbarem Aufwand in der zur Verfügung stehenden Zeit nicht erhoben werden.

2.37 Werden die Kriminalpolizei mit taktischen Überziehwesten ausgestattet?

2.38 Welche Kosten entstünden für den Erwerb von taktischen Überziehwesten für alle Kriminalpolizisten im operativen Dienst?

Die Fragen 2.37. und 2.38. werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Die Kriminalpolizei des Landes Nordrhein-Westfalen wurde und wird anhand von taktischen Bedarfen mit Überziehschutzwesten ausgestattet. Eine flächendeckende Ausstattung ist derzeit nicht vorgesehen und auch nicht erforderlich. Eine Trennung, ob Außendienst bzw. operativer Dienst wahrgenommen wird oder nicht, lässt sich nicht allgemeingültig festhalten, da die Aufgabenwahrnehmung jeder Kriminalbeamtin/jedes Kriminalbeamten Außendienst bzw. operativen Dienst erfordern kann.

3. Kapitel 03 130 DHPol

3.1 Wie viele Lehrbeauftragte sind 2023 an der Deutschen Hochschule der Polizei vertraglich für eine Lehrtätigkeit gebunden?

Für die Deutsche Hochschule der Polizei sind für die beiden jeweils parallel laufenden Studienjahre des Masterstudiengangs Polizeimanagement insgesamt 391 Lehrende in unterschiedlichen Statusverhältnissen, sowohl vertraglich als auch bedienstet, lehrbeauftragt.



3.2 Mit wie vielen Lehrbeauftragten an der Deutschen Hochschule der Polizei wird für 2024 geplant?

Im Jahr 2024 wird mit einem Ansatz an Lehrbeauftragten in derselben Größenordnung geplant.

3.3 Welcher Personalschlüssel bzw. welches Verhältnis Lehrbeauftragter zu Polizeihochschüler ergibt sich daraus?

Da sich die Frage 3.3. nicht auf den Haushalt des Einzelplans 03 bezieht, kann hierzu keine Aussage getroffen werden.

3.4 Mit wie vielen Lehrbeauftragten an der Deutschen Hochschule der Polizei wurde eine vertragliche Lehrtätigkeit 2022 und 2023 nicht verlängert beziehungsweise erneuert?

Da sich die Frage 3.4. nicht auf den Haushalt des Einzelplans 03 bezieht, kann hierzu keine Aussage getroffen werden.

4. Kapitel 03 350 Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen

4.1 Wie viele zusätzliche Kommissaranwärter könnte die Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen mit ihren bisherigen und im Haushaltsplan 2024 veranschlagten Mitteln ausbilden?

Die Haushaltsmittel 2024 sind so veranschlagt, dass eine Einstellung von 3.000 Kommissaranwärterinnen und -anwärtern möglich ist.

4.2 Wie viele zusätzliche Personalausgaben, Stellen und Planstellen würden im Kapitel 03 350 Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen für 100 (200, 300, 400, 500) weitere auszubildende Kommissaranwärter benötigt?

Die Werte entnehmen Sie bitte der nachstehenden Tabelle. Aufgrund der Kursgröße von 25 bis maximal 33 Studentinnen und Studenten je Kurs ergibt sich eine durchschnittliche rechnerische Kursanzahl von 4 Kursen bei jeweils 100 zusätzlichen Kommissaranwärterinnen und -anwärtern. Aufgrund der Abweichung von Haushalts-/ und Einstellungsjahr (immer zum 01.09. eines Jahres) werden die Personalkosten im ersten Jahr nur zu einem Drittel haushaltswirksam.



	Mehrkosten (Personal) bei zusätzlichen Einstellungsermächtigungen Polizeivollzugsdienst 2024				
Weitere EE	100	200	300	400	500
Zusätzl. Kurse	4	8	12	16	20
Zusätzl. Stellen	4	8	12	16	20
Kosten 2024	0,1 Mio.€	0,2 Mio.€	0,3 Mio.€	0,4 Mio.€	0,5 Mio.€
Kosten 2025 ff. (p.a)	0,3 Mio.€	0,6 Mio.€	0,9 Mio.€	1,2 Mio.€	1,5 Mio.€

4.3 Wie viele zusätzliche Sachausgaben (für Unterrichtsräume, Unterrichtsmaterial, etc.) würden im Kapitel 03 350 Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen für 100 (200, 300, 400, 500) weitere auszubildende Kommissaranwärter benötigt?

Die Werte entnehmen Sie bitte der nachstehenden Tabelle. Als sächliche Ausgaben wurden hier als bestimmende Kostenfaktoren die Liegenschaftskosten in die Berechnung mit einbezogen. Zu beachten ist, dass sämtliche Annexkosten, ausgenommen Raumausstattungen, nicht mit kalkuliert wurden. Die Kosten für die Raumausstattung stellen einmalige Investitionen dar. Aufgrund der Abweichung von Haushalts-/ und Einstellungsjahr an der HSPV NRW (immer zum 01.09. eines Jahres) werden die Sachkosten für Miete und Mietnebenkosten nur zu einem Drittel haushaltswirksam.

	Mehrkosten (Sachkosten) bei zusätzlichen Einstellungsermächtigungen Polizeivollzugsdienst 2024				
Weitere EE	100	200	300	400	500
Kosten Miete gesamt	0,3 Mio.€	0,5 Mio.€	0,6 Mio.€	0,8 Mio.€	1,0 Mio.€
Kosten Raumausstattung	0,6 Mio.€	0,7 Mio.€	0,8 Mio. €	0,8 Mio.€	0,9 Mio.€
Kosten 2024:	0,9 Mio.€	1,2 Mio.€	1,4 Mio.€	1,6 Mio.€	1,9 Mio.€
Kosten 2025 ff (p.a):	0,9 Mio.€	1,5 Mio.€	1,8 Mio.€	2,4 Mio.€	3,0 Mio.€



4.4 Wie viele zusätzliche Regierungsinspektoranwälter könnte die Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen mit ihren bisherigen und im Haushaltsplan 2024 veranschlagten Mitteln ausbilden?

Die Haushaltsmittel 2024 sind so veranschlagt, dass entsprechend der Einstellungsermächtigungen der Landesbehörden alle Regierungsinspektoranwärterinnen und -anwälter des Landes Nordrhein-Westfalen ausgebildet werden können.

4.5 Wie viele zusätzliche Personalausgaben, Stellen und Planstellen würden im Kapitel 03 350 Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen für 10, 20, 30, 40, 50 weitere auszubildende Regierungsinspektoranwälter benötigt?

Die Werte entnehmen Sie bitte der nachstehenden Tabelle. Aufgrund der Kursgröße von 25 bis maximal 33 Studentinnen und Studenten je Kurs sind für Teilnehmerzahlen im staatlichen Verwaltungsdienst (SVD) unterhalb der Kursgröße dennoch die gleichen Fixkosten zu kalkulieren, d.h. die Kosten bis 33 Studentinnen und Studenten bleiben gleich. Ab einer Kursgröße von 34 Studentinnen und Studenten müsste ein weiterer Kurs mit allen zusammenhängenden Kosten eingerichtet werden. Aufgrund der Abweichung von Haushalts-/ und Einstellungsjahr (immer zum 01.09. eines Jahres) werden die Personalkosten im ersten Jahr nur zu einem Drittel haushaltswirksam.

	Mehrkosten (Personal) bei zusätzlichen Einstellungsermächtigungen SVD 2024				
Weitere EE	10	20	30	40	50
Zusätzl. Kurse	1	1	1	2	2
Zusätzl. Stellen	1	1	1	2	2
Kosten 2024	0,1 Mio.€	0,1 Mio.€	0,1 Mio.€	0,2 Mio.€	0,2 Mio.€
Kosten 2025 ff. (p.a)	0,3 Mio.€	0,3 Mio.€	0,3 Mio.€	0,6 Mio.€	0,6 Mio.€

4.6 Wie viele zusätzliche Sachausgaben (für Unterrichtsräume, Unterrichtsmaterial, etc.) würden im Kapitel 03 350 Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen für 10, 20, 30, 40, 50 weitere auszubildende Regierungsinspektoranwälter benötigt?



Die Werte entnehmen Sie bitte der nachstehenden Tabelle. Als sächliche Ausgaben wurden hier als bestimmende Kostenfaktoren die Liegenschaftskosten in die Berechnung mit einbezogen. Zu beachten ist, dass sämtliche Annexkosten, ausgenommen Raumausstattungen, nicht mit kalkuliert wurden. Die Kosten für die Raumausstattung stellen einmalige Investitionen dar. Aufgrund der Abweichung von Haushalts-/ und Einstellungsjahr an der HSPV NRW (immer zum 01.09. eines Jahres) werden die Sachkosten für Miete und Mietnebenkosten nur zu einem Drittel haushaltswirksam.

	Mehrkosten (Sachkosten) bei zusätzlichen Einstellungsermächtigungen SVD 2024				
Weitere EE	10	20	30	40	50
Kosten Miete gesamt	0,1 Mio.€	0,1 Mio.€	0,1 Mio.€	0,2 Mio.€	0,2 Mio.€
Kosten Raum- ausstattung	0,1 Mio.€	0,1 Mio.€	0,1 Mio. €	0,2 Mio.€	0,2 Mio.€
Kosten 2024:	0,2 Mio.€	0,2 Mio.€	0,2 Mio.€	0,4 Mio.€	0,4 Mio.€
Kosten 2025 ff (p.a):	0,3 Mio.€	0,3 Mio.€	0,3 Mio.€	0,6 Mio.€	0,6 Mio.€

4.7 Wie hoch liegt die durchschnittliche Quote der Ausbildungsabbrecher unter den Kommissaranwärtern?

Die Abbrecherquote (freiwillig aus dem Studium ausgeschiedene Personen) liegt bei dem letzten abgeschlossenen Studiengang (Einstellungsjahrgang 2020) bei 5,21 %.

4.8 Wie hoch liegt die durchschnittliche Quote der Ausbildungsabbrecher unter den Regierungsinspektoranwälter?

Die Abbrecherquote (freiwillig aus dem Studium ausgeschiedene Personen) liegt bei dem letzten abgeschlossenen Studiengang (Einstellungsjahrgang 2020) bei 3,17 %.

5. Allgemein

5.1 Welche Programme der Landesregierung stärken die kritischen Infrastrukturen im Allgemeinen? (Bitte nach kritischen Infrastrukturen aufschlüsseln.)



Da sich die Frage 5.1. nicht auf den Haushalt des Einzelplans 03 bezieht, kann hierzu keine Aussage getroffen werden.

Seite 20 von 20

5.2 Welche Programme der Landesregierung stärken die kritischen Infrastrukturen im Speziellen vor Hackerangriffen? (Bitte nach kritischen Infrastrukturen aufschlüsseln.)

Da sich die Frage 5.2. nicht auf den Haushalt des Einzelplans 03 bezieht, kann hierzu keine Aussage getroffen werden.